Saar-Zeitung

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau 1872 Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarlouis, Kl. Markt 1
Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung.
Fernsprecher 70 u. 82. Postfach 39.

Monatlicher Bezugspreis: Durch Agenten und Post Fr. 11.00 Zeilenpreise: Die 6gespaltene 40 mm-Zeile 0.45 Fr., Deutschland 10 Pfg. Amtliche Anzeigen 50 Cts.

Nr. 181 Saarlouis, Donnerstag, den 11. August 1927. 56. Jahrgang.

Die Besetzung ein Fehler.

Die franz. Linkspresse für Rheinlandräumung

Paris, 10. Aug. Die Linksblätter, die sich bisher gegenüber der von der reaktionären Presse geführten Kampagne gegen Deutschland recht lahm gezeigt hatten, scheinen sich jetzt zu einem etwas energischerem Ton zusammenzufinden. Wie gestern der „Quotidien" für die Räumung der Rheinlande eintrat, so erklärt nun auch der sozialistische „Soir" die Besatzung für einen Fehler, da sie die loyale Zusammenarbeit der beiden Länder verhindere. Da Deutschland die Bestimmungen des Dawesplanes ausführe, sei es berechtigt, die Zurückziehung der Besatzungstruppen zu fordern. Der Bericht des Generals Guillaumat sei ein zu durchsichtiges Manöver. Stresemann werde in Genf die Räumung verlangen und man suche Frankreich durch eine Angstkampagne zu zwingen, die Forderungen des deutschen Außenministers abzulehnen. Briand mit seinem Wirklichkeitssinn werde aber diese Kritiken ablehnen und die Verpflichtungen erfüllen, die sich logischerweise aus dem Locarnoabkommen und den Besprechungen in Thoiry ergeben.

Nach der Abrüstungskonferenz.

Amerikanische Rüstungen

Rapid City, 10. Aug. Coolidge hat das vom Marinedepartement aufgestellte Bauprogramm, das in offiziellen Kreisen als gemäßigt bezeichnet wird, angenommen. Die Einzelheiten des Bauprogramms, das im Kongreß vorgelegt werden soll, sind noch nicht festgesetzt. Es verlautet, daß das Marinedepartement den Bau von zwölf neuen 10 000-Tonnen-Kreuzern mit achtzölligen Geschützen vorschlägt. Für den Bau der vom Kongreß bereits genehmigten acht neuen Kreuzer wurde „Volldampf voraus" anbefohlen. Es sollen diese Schiffe innerhalb von drei Jahren in Dienst gestellt werden, wenn sie bis dahin fertig sind.

Eine schweizerische Stimme gegen die französischen Rüstungen.

Zürich, 10. August. Die „Züricher Post" schreibt über die Enthüllungen Prof. Försters: Ueber die Rolle Försters bei dieser und anderen gegen Deutschland gerichteten Kampagnen ist kein Wort zu verlieren; das Urteil, auch außerhalb Deutschlands, dürfte darüber eindeutig sein. Man darf aber wohl auf den grotesken Zustand hinweisen, daß jede leiseste militärische Regung Deutschlands mit noch so dürftigen Mitteln sofort in Paris den bekannten Sturm der Entrüstung entfesselt, während die militärischen Rüstungen Frankreichs trotz des Versailler Vertrages und trotz Genf und Locarno mit Ungeniertheit betrieben werden. Die Sorge um die deutsche Nation in der französischen Presse ist lächerlich und kommt reichlich spät. Deutschland ist nie so hart getroffen und so schlecht behandelt worden als in jenen Tagen, da man die berühmten Punkte Wilsons in die Ecke stellte und Deutschland einen Gewaltfrieden aufzwang.

Die Unterdrückung des Deutschtums im Memelgebiet.

Memel, 10. Aug. Das Landesdirektorium hat an das Lehrpersonal des Lehrerseminars und der Ausbauschule die Aufforderung gerichtet, in sämtlichen Fächern mit Ausnahme von Mathematik und Zeichnen den Unterricht nur noch in litauischer Sprache zu erteilen. Dadurch hat Litauen sein bekanntes Genfer Versprechen, wonach in Zukunft das Memelstatut eingehalten werden soll, erneut gebrochen, denn das memelländische Statut sichert beiden Sprachen Gleichberechtigung zu.

Vor dem Ende der Pariser Wirtschaftsverhandlungen.

Paris, 10. Aug. Es bestätigt sich, daß Handelsminister Bokanowski seine Abreise nach Amerika verschoben hat, um die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen, die vor einem baldigen Abschluß stehen, zu Ende zu führen.

Um die Freigabe des deutschen Eigentums.

Paris, 10. Aug. Der Vorsitzende des Finanzkomitees des Senats, Senator Smooth, erklärte, das Komitee sei der Meinung, daß die Vereinigten Staaten mindestens 40 Prozent des im Kriege beschlagnahmten deutschen Eigentums als Garantie von Kriegsschädenansprüchen amerikanischer Bürger zurückhalten müssen.

Zu den italienischen Manövern.

Paris, 10. Aug. „Ere Nouvelle" kritisiert im Zusammenhange mit der Meldung von den Manövern italienischer Truppen an der Grenze von Savoyen den kriegerischen Geist Mussolinis und vergleicht ihn mit dem Geist von Potsdam unter Wilhelm II. Auch dieser habe mit Vorliebe die deutschen Truppen an der Grenze von Lothringen in den Vogesen manövrieren lassen.

Vor dem deutschen Ozeanflug.

Dessau, 10. Aug. Am Dienstag abend fand ein Presseempfang in den Junkerswerken statt, bei dem Direktor Sachsenberg erklärte, in den Junkerswerken trage man sich mit dem Gedanken, evtl. ein drittes Flugzeug gleichen Typs, das bereits mit den anderen Maschinen fertiggestellt worden ist, mit über den Ozean zu senden, um die in Dessau zahlreich eingetroffene Post für Amerika zu befördern. Diesbezügliche Verhandlungen mit dem Reichspostministerium schweben noch. Auf jeden Fall sei in Dessau viel mehr Post eingelaufen, als für die beiden anderen Maschinen vorgesehen war. Weiterhin gibt die Leitung der Junkerswerke bekannt, daß man von der ursprünglichen Absicht, die Flugzeuge über den kürzesten Weg „Nordspitze Irland—Neufundland" über den Atlantik zu senden, aus Sicherheitsgründen abgegangen ist. Die Maschinen sollen jetzt etwas südlicher der normalen Schiffahrtsroute entlang fliegen, weil sie auf diesem Wege alle 400 Kilometer von einem oder mehreren Schiffen gesichtet würden. Dieser südliche Weg sei etwa 500 Kilometer länger, man glaube aber im Interesse der Besatzung der Flugzeuge zu dieser Maßnahme greifen zu müssen.

•

Dessau, 10. Aug. Die Probeflüge, die gestern abend vorgesehen waren, sind ausgefallen. Am Nachmittag startete nur die in Reserve befindliche dritte Maschine. Um 8 Uhr nachmittags zogen die beiden Besatzungen der Ozeanflugzeuge mit ihren Angehörigen gemeinsam auf den Flugplatz hinaus, um den Wünschen der Kinooperateure und Photographen entgegenzukommen. Nach wie vor steht fest, daß vor Samstag an einen Start nicht zu denken ist.

Könnecke unternimmt einen Dauerflug.

Travemünde, 10. Aug. Am Dienstag abend ist der bekannte Flieger Könnecke mit seinem von den Caspar-Werken erbauten Ozeanflugzeug D 1140 zu einem Dauerflug von mindestens 20 Stunden im Flughafen Lübeck-Travemünde gestartet. Er wird sich namentlich über der Ostseeküste aufhalten und zwischen Lübeck, Parchim und Travemünde kreuzen. Wenn der Probeflug den Erwartungen entspricht, wird Könnecke sofort nach Berlin fliegen, um von dort aus nach Köln weiterzureisen, von wo aus der Start nach Amerika erfolgen soll.

•

Travemünde, 10. Aug. Der gestern abend 6.30 Uhr zu einem etwa 20stündigen Dauerflug gestartete Flieger Könnecke ist die ganze Nacht hindurch im Pendelflug an der Ostseeküste entlang zwischen Travemünde—Parchim und Lübeck mehrere Runden geflogen und hatte heute vormittag die ersten 12 Stunden glücklich überstanden. Die von den Caspar-Werken erbaute Maschine D 1145 hat sich bis jetzt gut bewährt. Möglicherweise wird Könnecke sofort ohne Landung sein Flugzeug nach Berlin überführen, um die letzten Vorbereitungen für den Flug nach Amerika zu treffen. Vor seinem Start äußerte der Flieger, er hoffe bei einem günstigen Verlauf des Probefluges bereits in der kommenden Woche seinen Amerikaflug antreten zu können.

Die französischen Flieger startbereit.

Paris, 10. Aug. Die beiden französischen Flieger Drouhin und Givon sind mit ihren Flugzeugen, der „Miß Columbia" und dem „Blauen Vogel" startbereit und beabsichtigen bei Eintritt besserer Witterungsverhältnisse sofort zum Transozeanflug zu starten.

Heute Start des englischen Ozeanfliegers?

London, 10. Aug. Am heutigen Mittwoch um 7 Uhr morgens will Kapitän Courtney zum Fluge nach Amerika starten, falls nicht wesentliche Veränderungen in den Witterungsverhältnissen über Nacht eintreten sollten.

Der Mandatsausschuß.

Beim Völkerbundsrat in Genf besteht ein sogenannter Mandatsausschuß. Seine Mitglieder werden vom Völkerbundsrat ernannt, wobei aber nur Fachleute herangezogen werden sollen, d. h. was als solche bezeichnet wird. Regierungsvertreter sind sie nicht. Dem Ausschuß gehören neun Mitglieder an, die mit einer Ausnahme, einem Schweden, durchweg kolonialpolitisch tätigen Völkern angehören. Die Aufgabe des Ausschusses ist etwas sagenhafter Natur. Sie soll nach den Satzungen des Völkerbundes darin bestehen, die Ausübung der Kolonialmandate zu überwachen. Mandate sind errichtet worden über die früheren deutschen Kolonien, sowie über Teile des ehemaligen osmanischen Reiches. Nach den Bestimmungen des Völkerbundes ginge es an, daß die unter Mandat stehenden Völker sich mit Eingaben und Beschwerden an den Mandatsausschuß wenden. Von diesem Recht darf aber kein Gebrauch gemacht werden, denn der Ausschuß hat es bisher für seine Pflicht gehalten, die gute Kolonialpolitik der Mandatare zu loben. Es hätte sich auch wiederholt Gelegenheit geboten, zu einer anderen Auffassung der Dinge zu kommen. Es sei nur daran erinnert, daß die Gewaltmaßnahmen Frankreichs in Syrien zu Aufständen geführt haben. Der Mandatsausschuß hat sich wohl einmal das Recht einer leisen Rüge herausgenommen, hat dafür aber sofort schwere Kinnhaken der französischen und englischen Regierung einstecken müssen, weshalb er sich darauf beschränkte, die Berichte der Mandatsinhaber fein säuberlich zu registrieren. Daran muß erinnert werden, weil ja nun Deutschland auch berufen ist, ein Mitglied in den Mandatsausschuß zu senden. Wer glaubt, daß das ein Sprungbrett sein könnte, um für Deutschland ein Mandat für eine seiner früheren Kolonien herauszuholen, der ist auf dem Holzweg. So hat England beispielsweise Deutschostafrika fest in die Kette seiner afrikanischen Kolonialgebiete eingegliedert. Der englische Gouverneur von Deutschostafrika hat wiederholt unzweideutig betont, daß England diese Kolonie nicht wieder herausgeben werde. Das hat auch Frankreich getan, soweit es sich um Kamerun und Togo handelt. Südwestafrika gilt leider heute schon als Bestandteil der südafrikanischen Union. Und die früheren deutschen Kolonien in Pazifik, die Samoagruppe, Neu-Guinea und die Karolinen sind von den Mandataren bereits fest übernommen worden. Der ganze Mandatsausschuß hätte also keinen Zweck mehr, denn die Berichte, die er veröffentlichte, sind vorher von den beteiligten Regierungen frisiert worden. Der deutsche Vertreter kann also nur in die Lage kommen, Berichten dieser Art zuzustimmen, um damit darzutun, daß die früheren deutschen Kolonien heute von England, Frankreich, Australien usw. glänzend verwaltet werden. Vielleicht ist das auch der Zweck der Uebung. Und die Mitgliedschaft im Mandatsausschuß ist ein Danaergeschenk, auf das wir nicht hätten so viel Wert zu legen brauchen.

Um Sacco und Vanzetti.

Der Entschluß des Gouverneurs von Massachusetts, die Kommunisten Sacco und Vanzetti hinrichten zu lassen, hat zu einer merkwürdigen internationalen Raserei geführt. Wenigstens spiegelt diese Raserei sich in einem Teil der Presse wieder, die sich gleichzeitig vor Empörung über den Entschluß des Gouverneurs überschlägt. Daß die Kommunisten selbst alle Hebel in Bewegung setzen, um ihre Genossen vor dem elektrischen Stuhl zu bewahren, ist zu verstehen. Aber Kundgebungen, die aus Moskau stammen, die von nachgeordneten Organen in anderen Ländern weitergeleitet werden, wirken dann nicht echt, wenn sie an Menschlichkeit und Gerechtigkeit appellieren. Die Sowjetregierung selbst ist wieder zum Terror übergegangen, läßt die Tscheka Todesurteile fällen und sofort vollstrecken. Verläßliche Meldungen aus Rußland besagen, daß die Tscheka im geheimen vielmehr Erschießungen von politischen Gegnern vorgenommen habe, als der Oeffentlichkeit bekannt geworden sei. Der Außenkommissar Tschitscherin hat nach seiner Rückkehr die Sowjetherrscher darüber aufgeklärt, wie außerordentlich ungünstig die Ermordung der zwanzig Unglücklichen aufgenommen worden ist. Das war die erste Welle des neuen Terrors, der andere auf dem Fuße folgten. Aber nun vollzieht sich diese abscheuliche Tätigkeit der Tscheka hinter dichten Schleiern. Die Sowjetpresse darf nichts darüber bringen. Umsomehr lärmt sie über das Todesurteil, das der Gouverneur von Massachusetts bestätigt hat. Gewiß, es berührt eigenartig, daß das Urteil schon vor sechs Jahren ergangen ist. Jedoch haben Sacco und Vanzetti, d. h. ihre Verteidiger, alles getan und nichts unterlassen, um durch neue Beweisanträge die Vollstreckung des Urteils hinauszuschieben. Wo aber war die Aufregung der Intellektuellen Europas, als vor Wochen die eindeutige Meldung aus Rußland herüberkam, daß die Sowjetregierung ihre politischen